



Gerling Informationen für
wirtschaftsprüfende, rechts- und
steuerberatende Berufe



10. Juli 1987
7. Jahrgang, S. 98–115
ISSN 0177–1868

7

Inhalt	Seite
GI Leitsätze	98, 112
Steuerberatungsvertrag	99
– Recht zur fristlosen Kündigung, § 627 BGB	
– Vereinbarung der Auflösung zum Jahresende	
– Recht zur fristlosen Kündigung, § 626 BGB	
(OLG Düsseldorf Ur. v. 4.6.1987 – 18 U 8/87, rechtskräftig)	
Haftung des Steuerberaters/ Steuerberatungsvertrag	102
– Buchungsfehler	
– Kündigung des Steuerberatungsvertrages zur Unzeit	
– Darlegungspflicht des Mandanten bei Regreß wegen Buchungsfehlern	
– Weiterführende Hinweise zur Darlegungs- und Beweislast bei Regreß gegen Steuerberater	
(OLG Düsseldorf Ur. v. 3.7.1986 – 18 U 45/86)	
Steuerberatungsvertrag	108
– Honorarklage	
– Recht zur fristlosen Kündigung, § 627 BGB	
(AG Sinzig Ur. v. 30.12.1986 – 7 C 463/86, rechtskräftig)	

GI Leitsätze

Steuerberatungsvertrag

- Auflösung einer Steuerberatungssozietät und Mandatsvertrag
- Recht zur fristlosen Kündigung gem. § 626 BGB

Verstößt eine in Form einer oHG betriebene Steuerberatersozietät gegen die Ziffern 26 Abs. 3, 27 der Richtlinien für die Berufsausübung der Steuerberater und Steuerbevollmächtigten (RichtlStB), indem sie bei Auflösung der Gesellschaft gegen den Willen des Mandanten bestimmt, daß der Beratungsvertrag mit dem das Gesellschaftsvermögen übernehmenden Gesellschafter und nicht mit dem langjährig hauptsächlich betreuend tätig gewordenen Gesellschafter fortgesetzt werden soll, so stellt dies für den Mandanten einen Grund zur fristlosen Kündigung gemäß § 626 BGB dar.

(OLG Düsseldorf Urf.v. 11.4.1985 – 18 U 190/84, rechtskräftig)

Steuerberatungsvertrag/Konkursbuchhaltung

- Verzug des Steuerberaters und Kündigung aus wichtigem Grund

Stellt sich der Vertrag mit dem Steuerberater im Einzelfall als Werkvertrag dar, kommt der Steuerberater mit der Erbringung des geschuldeten Werks in Verzug und kündigt der Besteller den Werkvertrag aus diesem Grunde nach § 649 BGB, so bestimmen sich die Rechtsfolgen nach § 346 BGB, wenn der Besteller anstatt zu kündigen auch gemäß den §§ 636 Abs. 1, 634 Abs. 1, 327 BGB von dem Vertrag hätte zurücktreten können und die Abwicklung des Vertrages nach Bereicherungsrecht im konkreten Fall ungünstiger ist als diejenige nach Rücktrittsrecht.

(OLG Düsseldorf Urf.v. 14.3.1985 – 18 U 191/84)

Steuerberatungsvertrag

- Recht zur fristlosen Kündigung, § 627 BGB
 - Vereinbarung der Auflösung zum Jahresende
 - Recht zur fristlosen Kündigung gem. § 626 BGB
- (OLG Düsseldorf Urf. v. 4. 6. 1987 – 18 U 8/87, rechtskräftig)

Leitsatz (amtl.):

Vereinbaren die Parteien eines sich als Dienstvertrag darstellenden Steuerberatungsvertrages, daß das Steuerberatungsverhältnis zum Ende des Kalenderjahres aufgelöst sein soll, wobei der Steuerberater die Buchführung für dieses Kalenderjahr fertigstellen sowie Jahresabschluß und Jahressteuererklärungen für dieses Kalenderjahr erstellen soll, so ist bezüglich der noch zu entwickelnden Tätigkeit des Steuerberaters das Kündigungsrecht gemäß § 627 BGB ausgeschlossen.

Leitsätze (d. Verf.):

Die nicht rechtzeitige Erstellung der Bilanz bis zum Frühjahr des dem Veranlagungsjahr folgenden Kalenderjahres begründet kein Recht zur fristlosen Kündigung gemäß § 626 BGB, wenn Zahlungsrückstände bestehen. Selbst bei rechtzeitiger Fertigstellung kann wegen der Zahlungsrückstände ein Zurückbehaltungsrecht ausgeübt werden.

Wird der Mandant wegen offener Honorarforderung auf seine Zahlungsunfähigkeit und die Möglichkeit eines Konkursantrages hingewiesen, so berechtigt ihn das nicht zur fristlosen Kündigung gemäß § 626 BGB wegen einer „unlauteren Drohung“.

Aus den Gründen:

Das für den Dienstberechtigten an sich nach § 627 BGB jederzeit mögliche Kündigungsrecht haben die Parteien vorliegend durch die Vereinbarung vom 21. 12. 1984 ausgeschlossen. Die Beklagte hatte das langjährige Steuerberaterverhältnis mit den Klägern gemäß § 627 BGB zum 31. 12. 1984 gekündigt. Die Kläger haben diese Kündigung angenommen. Anschließend haben die Parteien sich darüber geeinigt, daß die Kläger noch gewisse, das Jahr 1984 betreffende Arbeiten durchführen sollten. Sinn und Zweck dieser Regelung war es, eine ordnungsgemäße Abwicklung der langjährigen Geschäftsbeziehungen mit den Klägern zu ermöglichen. Die Kläger sollten die teilweise bereits begonnenen

Arbeiten zum Stichtag des 31.12.1984 zum Abschluß bringen. Einer solchen Regelung hätte es widersprochen, wenn die Beklagte sich hiervon ohne jeden Grund wiederum hätte jederzeit lösen können. Nach dem Sinn und Zweck der getroffenen Abwicklungsvereinbarung sollte ein Kündigungsrecht nach § 627 BGB ausgeschlossen sein.

Ein **Kündigungsrecht nach § 626** BGB stand der Beklagten nicht zu.

Ein **Recht zur fristlosen Kündigung** kann die Beklagte nicht daraus herleiten, daß die Kläger die Jahresabschlüsse und Steuererklärungen für die Immobilien Gbr A. und für die Beklagte im Oktober 1985 unstreitig noch nicht erstellt hatten. Selbst wenn vereinbart gewesen sein sollte, daß auch diese Erklärungen bis zum Frühjahr 1985 fertiggestellt sein sollten, ergab sich hieraus kein Recht zur fristlosen Kündigung für die Beklagte. Die Beklagte befand sich Ende März 1985 mit 789,52 DM in Zahlungsverzug. Ende April bestand ein Zahlungsrückstand von 1.359,52 DM. Im Mai kamen weitere 6.306,67 DM hinzu.

Aufgrund dieser Zahlungsrückstände durften die Kläger die von ihnen noch zu erbringenden Leistungen verweigern.

Die Erstellung der Jahresabschlüsse war für die Beklagte nicht von so überragender Bedeutung, daß die Ausübung des **Zurückbehaltungsrechtes** wegen der bestehenden Rückstände unverhältnismäßig oder als Verstoß gegen Treu und Glauben erschiene.

Die Beklagte behauptet zwar, daß die rechtzeitige Erstellung der Jahresabschlüsse bis zum Frühjahr 1985 für sie von großer Bedeutung gewesen sei und sie mehrfach vergeblich versucht habe, eine Erklärung für das Ausbleiben der Bilanzen zu erhalten. Was konkret für sie von der Erstellung der Abschlüsse bis „Frühjahr 1985“ abhing, trägt sie nicht vor. Beweis dafür, daß sie mehrfach vergeblich versucht habe, eine Erklärung für das Ausbleiben zu erhalten, hat sie nicht angetreten.

Andererseits steht fest, daß die Beklagte nie die Erstellung der Bilanzen schriftlich angemahnt hat. Auch in ihrem auf die Mahnungen der Kläger vom 1.10.1985 hin verfaßten Schreiben vom 4.10.1985, in dem sie um weitere Stundung gebeten hat, hat sie – was bei der von ihr behaupteten Bedeutung der Jahresabschlüsse zu erwarten gewesen wäre – nicht darauf hingewiesen, daß die Kläger diese Leistungen noch nicht erbracht hatten und sie, die Beklagte, deswegen etwa auch nicht die Honorarforderungen der Kläger zu begleichen brauche.

Aufgrund der Aussage der Zeugin N. steht fest, daß die Beklagte zwar darauf gedrängt hat, die Bilanz für die Firma B. schnellstmöglich fertigzustellen, dies im Hinblick auf ihre eigene Bilanz aber nicht getan hat. Insoweit habe Herr S. zwar erklärt, daß er diese schon brauche, aber schon wisse, warum die Kläger sie nicht erstellt hätten, nämlich wegen der Schulden.

Selbst wenn die Bilanz für die Beklagte auch schon zum Frühjahr 1985 fertig sein sollte, so war die Fertigstellung zu diesem Zeitpunkt doch keineswegs von so überragender Bedeutung, daß die Ablehnung der Erstellung durch die Kläger wegen der unstreitig bestehenden Zahlungsrückstände unverhältnismäßig oder gegen Treu und Glauben verstoßend erschiene.

Ein Recht zur fristlosen Kündigung ergab sich für die Beklagte auch nicht wegen einer „**unlauteren Drohung**“ durch die Kläger. Insoweit folgt der Senat der in dem angefochtenen Urteil vorgenommenen Beweiswürdigung. Der Zeuge Dr. E. hat ausgesagt, daß er, nachdem Herrn S. ihm am Telefon erklärt habe, er könne die seit einem 3/4 Jahr offene Forderung nicht begleichen und auch nicht zusagen, daß sie in ein oder zwei Monaten beglichen werden, er könne überhaupt keine feste Terminzusage machen, erklärt habe, wenn das so sei, dann liege offensichtlich eine Zahlungsunfähigkeit bei der Beklagten vor und er müsse seinen Mandanten möglicherweise raten, dann Konkursantrag zu stellen. Hierin liegt keine unzulässige Drohung, die die Beklagte zu einer fristlosen Kündigung berechtigte.

Anmerkung:

Ausführliche weiterführende Hinweise zu Fragen der Kündigung eines Steuerberatungsvertrages vgl. GI 1987, 40 f.

Haftung des Steuerberaters/ Steuerberatungsvertrag

- Buchungsfehler
- Kündigung des Steuerberatungsvertrages zur Unzeit
- Darlegungspflicht des Mandanten bei Regreß wegen Buchungsfehlern
- Weiterführende Hinweise zur Darlegungs- und Beweislast bei Regreß gegen Steuerberater

(OLG Düsseldorf, Urt. v. 3.7.1986 – 18 U 45/86)

Leitsätze:

Leitsatz (amtl.):

1. Zu den Anspruchsgrundlagen und zum Umfang der Substantiierungslast, wenn der Mandant Schadenersatzansprüche wegen fehlerhafter Buchunghaltungstätigkeit gegen den Steuerberater geltend macht.

Leitsätze (d. Verf.):

2. Der umfassende Steuerberatungsvertrag ist ein Dienstvertrag.
3. Indizien für eine einverständliche Aufhebung des Steuerberatungsvertrages: Übergabe der Unterlagen an Mandanten nach Terminvereinbarung und anschließende Betreuung durch neuen Steuerberater.
4. Eine Kündigung zur Unzeit im Sinne § 627 Abs. 2 S. 1 BGB ist nicht bereits dann gegeben, wenn der Mandant durch die Kündigung finanzielle Mehrbelastungen hat.
5. Umbuchungen zeigen nicht bereits, daß Buchungsfehler des Steuerberaters vorliegen.
6. Darlegungspflicht des Mandanten bei Buchungsfehlern: Er muß an Beispielen zeigen, wie nach den Regeln einer ordnungsgemäßen Buchführung hätte gebucht werden müssen. Er hat darzulegen, daß die Ursache für den Buchungsfehler im Bereich des Steuerberaters liegt.

7. Zu einer Umkehr der Darlegungs- und Beweislast zu Lasten des Steuerberaters kommt es nicht, wenn der Fehler nicht nur beim Steuerberater, sondern auch beim Mandanten liegen kann, der die Grundaufzeichnungen zur Verfügung stellt.
8. Pflichtwidrig ist die Verbuchung über „sonstige Verbindlichkeiten“, wenn eine eindeutige Zuordnung zu einem Konto möglich ist.

Aus den Gründen:

Steuerberatungsvertrag ein Dienstvertrag

Zu Recht rügt allerdings der Kläger, daß das Landgericht die zwischen den Parteien geschlossenen Steuerberatungsverträge als Werkverträge angesehen und die Schadenersatzansprüche unter Anwendung der werkvertraglichen Vorschriften geprüft hat.

Die Rechtsbeziehungen der Parteien bestimmen sich vielmehr nach den Vorschriften über den Dienstvertrag. Der Beklagte wurde für den Kläger umfassend und über einen längeren Zeitraum in steuerlichen Angelegenheiten tätig. Zwar waren auch die Fertigung der Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung sowie die Erstellung der Steuererklärungen geschuldet. Im Vordergrund stand aber die ständige Beratung und Vertretung des Klägers in steuerlicher Hinsicht, die dann als Endergebnis zu Einzelleistungen führte, was aber auf die Einordnung des Steuerberatervertrages als Geschäftsbesorgungsvertrag mit Dienstvertragscharakter keinen Einfluß hat (BGH VersR 1980, 264; RGRK BGB, 12. Auf., § 631 Rdn. 201; Münchener Kommentar, BGB 2. Aufl., § 611, Rdn. 690). ...

Beendigung des Steuerberatungsvertrages

Ein Schadenersatzanspruch aus § 326 BGB scheitert schon daran, daß zu dem Zeitpunkt, als der Kläger die Fertigstellung der Buchführung erstmalig anmahnte, das Vertragsverhältnis bereits beendet war, mithin fehlt es an einer tatbestandlichen Voraussetzung für die Geltendmachung des Verzugsschadens, nämlich an dem Bestehen eines gegenseitigen Vertrages zum Zeitpunkt der Fristsetzung. Das Vertragsverhältnis ist spätestens am 6. 3. 1984 einverständlich aufgehoben worden. ...

Indizien für einvernehmliche Aufhebung des Steuerberatungsvertrages

Letztlich kann aber diese Frage offenbleiben, da die Parteien einverständlich das Vertragsverhältnis nach dem 24. 2. 1984 beendet haben. In dem Schreiben vom 24. 2. 1984 hat der Beklagte zum Ausdruck gebracht, daß er eine weitere Bearbeitung der steuerlichen Angelegenheiten ablehnt.

Der Kläger seinerseits hat nicht auf Erfüllung der Steuerberaterverträge bestanden, sondern mit dem Beklagten einen Termin zur Übergabe der im Besitz des Beklagten befindlichen Unterlagen vereinbart, diese abgeholt und anschließend einen anderen Steuerberater mit den Aufgaben des Beklagten betraut. Damit hat der Kläger zu erkennen gegeben, daß er seinerseits an der Bearbeitung der steuerlichen Angelegenheiten durch den Beklagten kein Interesse mehr hat und damit einverstanden ist, daß dieser die Bearbeitung aufgibt. Ein nicht nach außen gedrungener Wille, das Vertragsverhältnis nicht zu lösen, ist unbeachtlich. Denn es kommt allein darauf an, wie der Beklagte das Verhalten des Klägers verstehen konnte und durfte. Dieses läßt aus der Sicht eines objektiven Betrachters nur den Schluß zu, daß der Kläger mit der vorzeitigen Auflösung der Beraterverträge einverstanden war. ...

Kündigung zur Unzeit

§ 627 Abs. 2 Satz 1 BGB, auf den der Kläger ausdrücklich seinen Schadenersatz stützt, scheidet als Anspruchsgrundlage ebenfalls aus, da die Aufhebung nicht zur Unzeit erfolgt war. Gemäß § 627 Abs. 2 Satz 1 BGB ist eine Kündigung zur Unzeit erfolgt, wenn der Dienstberechtigte sich die Dienste nicht anderweitig beschaffen kann. Der Kläger hat sich aber sofort an einen anderen Steuerberater gewandt und von diesem die Arbeiten berichtigen lassen. Den Begriff der Unzeit auszudehnen, und zwar soweit, daß die Kündigung wegen finanzieller Mehrbelastung des Dienstberechtigten ebenfalls nicht gestattet ist, ist sachlich nicht gerechtfertigt. Denn das würde zu einer nicht hinzunehmenden Einschränkung des dem Dienstverpflichteten zustehenden Kündigungsrechtes, das für ihn von erheblicher Bedeutung ist, führen. ...

Umbuchungen, kein Nachweis für Buchungsfehler des Steuerberaters

Der Kläger rügt, daß zum Jahresende Abstimmungen auf den Konten nicht erfolgt seien, so daß sich daraus der Jahresabschluß nicht ohne weiteres entwickeln lasse. Es kann nicht festgestellt werden, ob allein die Tatsache, daß Umbuchungen erfolgen mußten, für sich betrachtet, als Buchungsfehler anzusehen ist. Nach der eigenen Einlassung des Klägers sind Abstimmungen grundsätzlich durch das Buchungssystem bedingt und notwendigerweise vorzunehmen, um den Jahresabschluß herstellen zu können. Einzelne, keinem Konto zuzuordnende Posten müssen demgemäß durch Umbuchungen den tatsächlich zugehörigen Konten zugewiesen werden. Eine Pflichtwidrigkeit läge danach allenfalls dann vor, wenn der Beklagte anläßlich der laufenden, von ihm zu erledigenden Arbeiten die Buchungen pflichtwidrig zunächst auf das Konto „sonstige

Verbindlichkeiten" gebucht hat, obwohl er sie unmittelbar dem entsprechenden Konto hätte zuweisen können.

Darlegungs- und Beweispflicht des Mandanten für Buchungsfehler

Der Kläger trägt dazu aber keinen Sachverhalt vor, der den Anforderungen, die die Rechtsprechung (siehe zuletzt BGH in WM 1986, 261, 262 m.w.N.) an die Substantiierung stellt, genügt, und aus dem sich ergibt, daß die Rechnungen auf das Konto 1800 nicht den Erfordernissen, die an eine ordnungsgemäße Buchführung zu stellen sind, entsprechen. Zwar muß der Kläger weder jeden einzelnen zum Schaden führenden Vorgang und jeden konkreten Buchungsfehler nachvollziehbar bezeichnen noch darstellen, wie diese jeweiligen Geschäftsvorfälle hätten richtig gebucht werden müssen und zu welchem Schaden sie geführt haben. Jedenfalls aber muß der Kläger **eine für die Gesamtheit der begründeten Fehler stehende Auswahl so vortragen, daß der Gesamtvorwurf verständlich wird**. Verlangt werden muß vom Kläger, daß er an Beispielen zeigt, wie hätte nach den Regeln einer ordnungsgemäßen Buchung gebucht werden müssen. Der Kläger hat nicht an Hand einzelner Buchungen demonstriert, daß der Beklagte in der Lage war, diese schon während der laufenden Buchführung dem dazugehörenden Konto zuzuordnen. Vor allem hat der Kläger nicht ausgeführt, wie der Beklagte die Typisierung der Verbindlichkeiten erkannt haben soll, ob sich diese etwa an Hand der Belege aufdrängte. Allein aufgrund der Angabe, in einer Vielzahl von Fällen sei falsch gebucht worden, läßt sich ein vorwerfbarer Buchungsfehler nicht nachvollziehen.

Soweit der Kläger mit der Berufung ergänzend vorträgt, das **Konto 1800 habe Verbindlichkeiten in Höhe von 170.000 DM aufgewiesen, statt daß auf ihm eine Abstimmung auf Null oder ein identischer Saldo mit Gegenbuchungen herbeigeführt worden sei**, muß er darlegen, daß dies auf einem fehlerhaften Buchungsverfahren beruht. Auch hier wird nicht anhand einzelner Beispiele aufgeführt, daß der Beklagte in der Lage war, diese Unstimmigkeit zu vermeiden. Dies ist aber Aufgabe des darlegungspflichtigen Klägers, der zunächst vortragen muß, daß die Ursache für den Buchungsfehler im Bereich des Beklagten liegt. Zu einer Umkehr der Darlegungs- und Beweislast kommt es nicht, da der Fehler nicht nur beim Beklagten, sondern auch beim Kläger liegen kann, der die Grundaufzeichnungen zur Verfügung stellt.

Aber selbst wenn man geringere Forderungen an einen schlüssigen Vortrag der Pflichtverletzung stellt, ändert das nichts am Ergebnis.

Der Beklagte hat bestritten, daß Abstimmungsarbeiten notwendig gewesen und in dem vom Kläger behaupteten Umfang durchgeführt worden sind. Dies Bestreiten ist erheblich, denn aus den vom Kläger vorgelegten Umbuchungsanweisungen – Umbuchungslisten sind nicht vorgelegt – geht hervor, daß es sich zumindest teilweise um Umbuchungen handelt – z. B. bei Rückstellungen, Tantiemen, Gewerbesteuer, Mehrwertsteuer, Vorsteuer und Afa-Positionen –, die zur Erstellung des Jahresabschlusses notwendig und die nicht Gegenstand der laufenden Buchführungsarbeiten sind. ...

Soweit der Kläger sich darauf beruft, die **Debitoren-, Kreditoren- und Privatkonten** wiesen Mängel auf, so daß Nachbuchungen erfolgen mußten, ist es Aufgabe des darlegungspflichtigen Klägers darzutun, daß die Unterlassungen pflichtwidrig waren. Seine Angaben, Zahlungen und Rechnungen seien nicht berücksichtigt worden, **lassen nicht erkennen, ob dieses Versäumnis auf mangelhafter Buchführung des Beklagten oder auf mangelhaften Grundaufzeichnungen des Klägers beruht**. Jedenfalls bedarf auch dieser Vortrag zu seiner Feststellung der Überprüfung durch einen Sachverständigen.

Darüber hinaus wird vom Kläger gerügt, daß der **Zahlungsverkehr** seiner beiden Unternehmen vom Beklagten nicht abgestimmt worden sei. Auch hier fehlt es an einer beispielhaften Darstellung, aus der sich ergibt, daß die Unstimmigkeiten auf ein schuldhaftes Verhalten des Beklagten und nicht etwa des Klägers, der unter Umständen seinen Kunden falsche Kontonummern angegeben hat, zurückzuführen sind.

Weiterführende Hinweise zur Darlegungs- und Beweislast bei Regreß gegen Steuerberater

- | | |
|---|---|
| 1) Zum Beweis des Steuerschadens nach Beratungsfehler | BGH, Ur. v. 28.11.1984 – IV a ZR 224/82
GI 9/85 = VersR 85, 265 = WM 85, 319 |
| 2) Beweis für Übertragung eines Vermögensobjekts auf Dritte zur Steuerersparnis | BGH, Ur. v. 28.11.1984 – VI a ZR 204/82
a.a.O. |

- | | |
|--|---|
| 3) Beweislast für Verletzung der Beratungspflicht eines Anwaltes | BGH, Urt.v. 16.10.1984
– VI ZR 304/84
GI 3/85 = NJW 1985, 264 = VersR 1985, 42 = ZIP 1985, 35 = BB 1985, 887; anderer Ansicht: BGH, Urt.v. 24.3.1982 – IVa ZR 303/80 ZIP 1982, 1219 m. Anm. Haug = NJW 1982, 1516 = DB 1982, 1164 = StB 1982, 285 |
| 4) Zur Beweislast bei Einwand des rechtmäßigen Alternativverhaltens | BGH, Urt.v. 18.4.1984 – IVa ZR 128/82 GI 18/84 |
| 5) Beweislast des Steuerberaters bei angeblich nicht rechtzeitiger Abgabe der Steuererklärung | BGH, Urt.v. 9.6.1982 IVa ZR 9/81 GI 15/82 = BGHZ 84, 244 = NJW 1982, 2238 = WM 1982, 903 = ZIP 1982, 1214 m. Anm. Haug |
| 6) Beweislast für Abschluß eines Steuerberatungsvertrages mit einem angestellten Steuerberater trägt regelmäßig die Sozietät | OLG Düsseldorf Urt.v. 17.5.1984 – 18 U 15/84 GI 7/85 |
| 7a) Dem Steuerberater obliegt die Beweislast, daß er seiner Hinweis- und Beratungspflicht nachgekommen ist („originäre Beweislast“). | BGH, Urt.v. 22.1.1986 – IVa ZR 105/84, GI 1986, 77 = DB 1986, 1386 = EwR § 675 BGB 3/86, 471 (Gräfel) = MDR 1986, 652 = NJW 1986, 2570 = WM 1986, 486; Vorinstanz OLG Celle GI 29/85 |
| b) An die Substantiierungspflicht des Steuerberaters sind strenge Anforderungen zu stellen, d.h., er muß den Gang einer Besprechung schildern und insbesondere konkrete Angaben darüber machen, welche Ratschläge und Belehrungen er erteilt hat. | |
| c) Ist dann unstreitig oder erwiesen, daß wegen einer bestimmten Angelegenheit ein Beratungsgespräch stattgefunden hat, kehrt sich die Beweislast zu Lasten des Mandanten um: Er ist nunmehr beweispflichtig, wenn er behauptet, der Steuerberater habe ihn bei der Beratung auf bestimmte Gesichtspunkte nicht hingewiesen. | |

- | | |
|---|--|
| <p>8) Die Veranlagung in der Betriebsprüfung führt nur zu einem Steuerschaden des Mandanten, wenn er zu Unrecht zur Zahlung von Steuern herangezogen wird. Dazu muß der Mandant etwas Konkretes vortragen.</p> | <p>OLG Düsseldorf
Urt. v. 27.2.1986 –
18 U 172/85 –
GI 1986/93 =
StB 1986, 337</p> |
| <p>9) Zur Darlegungslast eines Schadensersatzanspruches wegen Schlechterfüllung des Anlageberatungsvertrages, wenn der Steuerberater sowohl Vermögensberater als auch Prüfer der Bonität, Rentabilität und der Rechtskonstruktion gewesen sein soll.</p> | <p>OLG Koblenz
Urt. v. 3.12.1986 –
7 U 673/86
GI 1987, 45</p> |
| <p>10) Zur Darlegung eines Zinsschadens wegen verspäteter Durchführung der Endfinanzierung gehört der Vortrag, welche Zinsen tatsächlich gezahlt wurden, welche Finanzierungsmöglichkeiten zur Verfügung standen und welche Zinsverpflichtungen sich aus der tatsächlich vermittelten Endfinanzierung ergaben.
Bei der Geltendmachung von Zinsschäden muß dargelegt werden, ob und in welchem Umfang sich ein Steuervorteil bei den Werbungskosten ergeben hat.</p> | <p>LG Kleve
Urt. v. 20.2.87
– 1 O 340/86
GI 1987, 73</p> |

Steuerberatungsvertrag

- Honorarklage
 - Recht zur fristlosen Kündigung, § 627 BGB
- (AG Sinzig Urt. v. 30.12.1986 – 7 C 463/86, rechtskräftig)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Ein Steuerberatungsvertrag ist kein „Dienstverhältnis mit festen Bezügen“ i. S. § 627 Abs. 1 BGB.
Das gilt auch, wenn für einen Teil der Gesamtdienstleistung – die Buchführungsarbeiten – monatlich ein fester Betrag in Rechnung gestellt wird.

2. Ein Steuerberatungsvertrag kann ohne Angabe von Gründen fristlos gekündigt werden. (§ 627 Abs. 1 BGB)
3. Verlangt der Steuerberater gem. § 628 Abs. 1 Satz 1 BGB einen den bisher erbrachten Leistungen entsprechenden Teil der Vergütung, so ist seine Behauptung, er habe zur Vorbereitung des Jahresabschlusses Konten abgestimmt, Kontenpflege durchgeführt, eine steuerliche Ergebnisplanung vorbereitet, Umsatzsteuer- und Umsatzverprobung vorgenommen unsubstantiiert.

Zum Sachverhalt:

Der Mandant – Beklagter – kündigte den Steuerberatungsvertrag fristlos. Der Steuerberater – Kläger – forderte die Vergütung für angeblich bereits durchgeführte Arbeiten zur Vorbereitung der Jahressteuererklärung sowie der Bilanz und Schadenersatz aus dem Gesichtspunkt der Nichterfüllung des Vertrages.

Aus den Gründen:

Der Beklagte hat das Dienstverhältnis mit dem Kläger zulässigerweise gem. § 627 BGB fristlos gekündigt.

Bei dem von dem Kläger zu leistenden Dienstleistungen handelt es sich nach ständiger Rechtsprechung um Dienste höherer Art, die aufgrund eines besonderen Vertrauens dem Dienstverpflichteten übertragen werden (siehe Staudinger Neumann, Anmerkung 5 ff zu § 627 BGB).

Weitere **Voraussetzungen für die Anwendung des § 627 Abs. 1 BGB ist, daß zwischen den Parteien ein dauerndes Dienstverhältnis mit festen Bezügen nicht bestehen darf.** Vorliegend ist zwar aufgrund der feststehenden langen Dauer der Vertragsbeziehungen zwischen den Parteien von einem dauernden Dienstverhältnis auszugehen. Ein dauerndes Dienstverhältnis ist dann anzunehmen, wenn über einen längeren Zeitraum regelmäßig ein Steuerberater einen Mandanten hinsichtlich der steuerlichen Angelegenheiten berät und für diesen Dienste erbringt. Jedoch scheitert die Anwendbarkeit des § 627 Abs. 1 BGB nicht an dieser Voraussetzung, da ein dauerndes Dienstverhältnis nur dann die Anwendung der vorgenannten Vorschrift ausschließt, wenn hierfür feste Bezüge vereinbart gewesen sind. Vorliegend ist dies nicht der Fall. Feste Bezüge sind dann vereinbart, wenn eine bestimmte Entlohnung für eine Gesamtdienstleistung und nicht nur für einzelne Dienstleistungsakte zwischen den Parteien getroffen wurde. Insofern ist zwischen den Parteien lediglich unstreitig, daß für die Buchführung und Lohnabrechnung per DATEV eine

monatliche Vergütung von 627,- DM vereinbart wurde. Diese Vereinbarung betrifft jedoch nur einen einzelnen Dienstleistungsakt und stellt keine Vereinbarung für die Entlohnung der Gesamtdienstleistung dar.

Soweit der Kläger der Auffassung ist, auch hinsichtlich der übrigen Arbeiten seien feste Bezüge vereinbart worden, da sie der Höhe nach berechenbar und in ihrem ungefähren Umfang voraussehbar seien, ist dem nicht zu folgen. Dies würde zur Folge haben, daß auf Steuerbevollmächtigte, soweit sie auf eine gewisse Dauer für einen Mandanten tätig werden, in keinem Fall § 627 BGB Anwendung finden würde, da die Vergütung der Steuerbevollmächtigten aufgrund der Steuerberatergebührenverordnung immer berechenbar ist. Die Vereinbarung fester Bezüge kann jedoch nur dann angenommen werden, wenn zumindest eine Berechnungsgröße verbindlich vereinbart wurde, wie dies beispielsweise bei einem Hauslehrer der Fall ist, der nach einem festen Stundenhonorar entlohnt wird und sich aufgrund dieses festgesetzten Honorars in Verbindung mit den tatsächlich gegebenen Unterrichts errechnen läßt, welche Gesamtvergütung er erhält (siehe hierzu Anm. 8 zu § 622 BGB bei Staudinger 11. Auflage). Sind hingegen sämtliche zur Berechnung heranzuziehenden Größen wie vorliegend unbestimmt, so kann aufgrund der nach Erbringung der Leistung möglichen Berechnung des Honorars unter Zugrundelegung der Steuergebührenverordnung und des anzusetzenden Wertes nicht auf die Vereinbarung einer festen Vergütung geschlossen werden, da bei Abschluß des Vertrages nicht der für die Gebührenrechnung zugrundeliegende Wert bekannt war und insofern auch die zu erwartenden Gebühren nicht bestimmbar waren. Hierfür spricht auch die Regelung des § 612 Abs. 2 BGB, daß in den Fällen, in denen die Höhe der Vergütung nicht bestimmt ist, bei Bestehen einer Taxe die taxmäßige Vergütung zu zahlen ist. Die Berechnung der Vergütung nach der Steuerberatergebührenverordnung stellt aber gerade die Vergütungsberechnung dar, die die Vereinbarung einer bestimmten festen Vergütung widerspricht.

Da somit die Voraussetzungen des § 627 BGB gegeben sind, es handelt sich bei dem Vertrag zwischen den Parteien um einen Dienstvertrag zur Leistung Dienst höherer Art, die aufgrund eines besonderen Vertrauensverhältnisses übertragen wurden, ohne daß es sich hierbei um ein dauerndes Dienstverhältnis ohne Angaben von Gründen fristlos kündigen.

Gem. § 628 Abs. 1 Satz 1 kann der Kläger daher nur einen seinen bisherigen Leistungen entsprechenden Teil der Vergütung verlangen.

Der Kläger hat im Schriftsatz vom 3.12.1986 vorgetragen, daß er Vorarbeiten für das Abrechnungsjahr 1985 durchgeführt hat, die er dem Beklagten mit Rechnung vom 15.9.1986, die er in der Sitzung vom 5.12.1986 überreicht hat, in Rechnung gestellt hat. Lediglich in dieser Höhe könnte die Klage begründet sein, da die weitergehenden Ansprüche vom Kläger als Schadenersatzansprüche wegen Nichterfüllung des Vertrages geltend gemacht wurden, Schadenersatzansprüche aber bei einer ordnungsgemäßen Kündigung nach § 627 Abs.1 BGB in Verbindung mit § 628 Abs.1 Satz 1 BGB nicht geltend gemacht werden können. Schadenersatzansprüche sind nur im Falle des § 628 Abs.1 Satz 2 und Abs.2 begründet. Diese Voraussetzungen liegen hier jedoch nicht vor.

Dem Kläger steht jedoch auch nicht eine Vergütung für die bestrittenen Vorarbeiten für 1985 zu. Insoweit ist der Vortrag des Klägers unsubstantiiert. In der Klageschrift hat er für die Bilanzarbeiten einen Betrag in Höhe von 2.560,- DM zugrundegelegt. Aus der in der mündlichen Verhandlung vorgelegten Gebührenrechnung, die im übrigen nicht unterschrieben ist, ergibt sich hierfür jedoch ein Betrag in Höhe von lediglich 2.359,80 DM. Ferner ist die pauschale Behauptung, daß als Vorarbeiten eine Abstimmung der Konten, Kontenpflege für bereinigte Konten zum Jahresabschluß für Sachkonten und Personenkonten, steuerliche Ergebnisplanung, Umsatzsteuerverprobung und Umsatzverprobung durchgeführt worden sind, unsubstantiiert, da sich hieraus nicht im einzelnen entnehmen läßt, welche Arbeiten konkret durchgeführt wurden. Der diesbezügliche Vortrag ist zu pauschal, um hieraus einen den bisherigen Leistungen entsprechenden Teil der Vergütung festlegen zu können. Es ist nicht ersichtlich, wann konkret welche Arbeiten mit welchem Zeitaufwand durchgeführt worden sind. Aufgrund des pauschalen Vortrags des Klägers läßt sich die ihm nach § 628 Abs.1 Satz 1 möglicherweise zustehende Vergütung nicht berechnen.

Anmerkung:

Ausführliche weiterführende Hinweise zu Fragen der Kündigung eines Steuerberatungsvertrages vgl. GI 1987, 40 f.

GI Leitsätze

Honorarforderung des Steuerberaters

- Fälligkeit
- Ausschluß der Aufrechnung gegen titulierte Forderungen des Mandanten

Durch die Vollstreckungsabwehrklage kann die Aufrechnung mit der Vergütungsforderung eines Steuerberaters nicht geltend gemacht werden, wenn die Forderung vor den in § 767 Abs. 2, § 796 Abs. 2 ZPO bestimmten Zeitpunkten fällig geworden ist. Der Umstand, daß der Steuerberater erst nach diesen Zeitpunkten den Auftraggeber eine Berechnung erteilt hat, macht die Aufrechnung nicht zulässig.

Die Honorarforderung des Steuerberaters wird mit Erledigung des Auftrags oder Beendigung der Angelegenheit – nicht erst mit der Rechnungsstellung – fällig. (§ 7 StBGebV).

War die Honorarforderung bereits fällig bevor der Vollstreckungsbescheid wegen der Forderung des Mandanten erlassen wurde, so ist eine spätere Aufrechnung erst gegenüber der durch Vollstreckungsbescheid titulierten Forderung des Mandanten gem. § 796 Abs. 2 ZPO ausgeschlossen.

(OLG Düsseldorf, Ur. v. 15.4.1987 – 18 W 25/87, rechtskräftig)

Honoraranspruch des Steuerberaters

1. Beim Buchführungsmandat sind für das Sortieren ungeordneter Belege i. d. R. die Gebühren gem. § 33 StBGebV abzurechnen. Die Geltendmachung einer Zeitgebühr ist nicht möglich.
2. Will der Steuerberater seine ursprüngliche Rechnung ändern, so kann er nicht mehr als den ursprünglich geltend gemachten Betrag verlangen.
(OLG Hamm, Ur. v. 23.1.1987 – 25 U 262/86, rechtskräftig)

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis (Heft 1–7, 1987)

Allgemeine Auftragsbedingungen d. Wp.		Fristenkontrolle	
– § 9 IV	87, 70	– unverschuldetes Säumnis/ Brief an unzuständiges FA	87, 20
Allgemeine Geschäftsbedingungen		Geldstrafe/-buße	
– Haftungshöchstsumme	87, 34	– Schaden	87, 24
Anlageberatung		Haftungsbeschränkung in AGB	
– Bonitätsprüfung	87, 51	– Haftungshöchstsumme	87, 34
– Liquiditätsbelastung	87, 51	Honoraranspruch d. RA	
– und Steuerberatungsvertrag	87, 51	– vorzeitige Beendigung des Mandats, § 13 BRAGO	87, 35
– unentgeltliche –	87, 52	– Herabsetzung des –, § 3 Abs. III BRAGO	87, 34
Antrag		– Pauschalhonorar	87, 34
– Investitionszulage	87, 20	– Verrechnung mit Anderkontengelder	87, 94 (LS)
– zuständiges Finanzamt		Honoraranspruch d. StB	
Anwaltsvertrag		– Buchführungsmandat	87, 9, 112
– Kündigungsrecht, § 627 BGB	87, 35	– Verjährung	87, 9
Bauherrenmodell		Honorarforderung d. StB	
– prospektierter Gesamtaufwand	87, 73	– Fälligkeit	87, 112
– Treuhänder	87, 69	– Ausschluß der Aufrechnung	87, 112
Belehrungspflicht		Konkursverwalter, Haftung des –	
– Art der Belehrung	87, 66 (LS)	– Betriebsfortführung	87, 26 (LS)
– Ende der –	87, 50	Kündigung des Mandats	
– = und Mandatsende		– fristlose – § 627 BGB	87, 99, 108
– über eigene Fehler	87, 49	– durch Mandaten	87, 35, 98
– = schuldhaftes Verletzung der –		– durch StB zur Unzeit	87, 102
Berichtigung gem. § 173 AO		– wegen Verzug des StB	87, 98, 99
– Mitarbeiterverschulden	87, 44 (LS)	Literatur- u. Rechtsprechungshinweise	
– neue Tatsache	87, 44 (LS)	– Honoraranspruch	87, 40
Beweislast		– Kündigungsrecht, § 627 BGB	87, 40
– für Fehlberatung	87, 66, 80 (LS)	– Provisionszahlung an StB/Wp	87, 88
Buchführungsauftrag		– Verjährung § 68 StBerG/Treuhänder	87, 69
– Buchung ohne Beleg	87, 4	– Wiedereinsetzung	87, 23
– Unterschlagungsentdeckung	87, 4	Mehrfachberufler, Wp/StB/RA	87, 67
Darlegungslast für Regreßanspruch		Mitverschulden (§ 254 BGB)	
– Anlageberatungsvertrag	87, 45	– für Unterschlagung durch ArbN	87, 6
– Buchungsfehler	87, 102	Notar, Gebühren des	
– Zinsschaden/Steuervorteil	87, 73	– Verrechnung mit Anderkontengeld	87, 94
Dienstvertrag		– Sachverhaltsermittlung	87, 8
– Anwaltsvertrag	87, 36	– Sicherungsübereignungsvertrag	87, 7
Dritthaftung		– Treuhandgelder	87, 94 (LS)
– Haftungsbeschränkung in AGB	87, 34	Prospekthaftung	
– sittenwidrige, vorsätzliche Schädigung, § 826 BGB	87, 27	– bei Bauherrenmodell	87, 54
– Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	87, 27	– des nichtgenannten Prospektprüfers	87, 54
– = Kreditgeberschutz	87, 27	Prospektprüfer	
– = Zwischenabschluß	87, 27	– Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Bauherren?	87, 54
		– Warnpflicht wegen Bilanzbild?	87, 54

Provisionsgeschäfte			
– Rückforderung der	87, 85	– prospektierter Gesamtaufwand	87, 73, 92
– Zahlung an Strohmänn	87, 86	– Kenntnis der wirtschaftl. und rechtl. Grundlagen	87, 89
Rechtsanwalt		– Verjährung des Regreßanspruchs	87, 67, 81
– Bürogemeinschaft im Inkassobüro	87, 12 (LS)	– Verwaltung des Gesellschaftsanteils	87, 89
		– Zustimmung zur Umplanung	87, 89
Rechtsbeistand		Unerlaubte Handlung	
– Prozeßvertretung vor Arbeitsgericht	87, 12 (LS)	– sittenwidrige vorsätzliche Schädigung, § 826 BGB	87, 27
Rechtsberatung/Rechtsbesorgung		Unterschlagung	
– Anwalts- und Inkassobüro	87, 12 (LS)	– Buchführungsmandat	87, 4
– Prozeßvertretung vor Arbeitsgericht	87, 12 (LS)	– Mitverschulden d. Mandanten	87, 6
– durch Schuldenregulierung	87, 12 (LS)	Verjährung	
– durch Versicherungsmathematiker/Rentenbescheid	87, 12 (LS)	– des Honoraranspruchs	87, 9
Sachverhaltsermittlung	87, 8	Verjährung (§ 51 a WPO)	
Sachverständiger		– Mehrfachberufler	87, 67
– Rechtsberatung durch	87, 12 (LS)	– vorvertraglicher Regreßanspruch	87, 81
		– Treuhand	87, 67, 81
Schaden		Verjährung (§ 68 StBerG)	
– Anwaltskosten f. Strafverfahren	87, 24	– Schadenentstehung	87, 47, 83
– Geldbuße	87, 24	= Kapitalanlage	
– Zinsschaden/Steuervorteil	87, 73	– Sekundäranspruch	87, 49
		= Belehrungspflicht	
Steuerberatungsgesellschaft		= Verschulden	87, 49
– mit berufsfremdem Gesellschafter	87, 66 (LS)	– Treuhand	87, 67
		Verschulden	
Steuerberatungsgesetz		– Belehrung über Fehler	87, 49
– § 4 Ziff. 5	87, 13	Versicherungsschutz	
= durch Unternehmensberater		– Klagfrist § 12 Abs. III VVG	87, 26 (LS)
= unmittelbarer Zusammenhang	87, 14		
– § 57		Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	
= Gebühreuzahlung durch Dritte	87, 17, 19	– zugunsten des Kreditgebers	87, 27
= Unabhängigkeit	87, 17	– Prospektprüfungsvertrag zugunsten des Bauherrn?	87, 54
Steuerberatungsvertrag		Vertragsgestaltung	
– und Anlageberatungsvertrag	87, 35	– Sicherungsübereignungsvertrag	87, 7
– Kündigung durch Mandanten	87, 35	Vorsatz	
– Schutzwirkung zugunsten Dritter	87, 32	– sittenwidrige vorsätzliche Schädigung, § 826 BGB	87, 27
– Zustandekommen des –	87, 52	Vorvertraglicher Regreßanspruch	
= Indiz: Honorarzahung		– Verjährung des –	87, 83
Steuerhinterziehung		Werkvertrag	
– Fortsetzungstat	87, 2	– Konkursbuchhaltung	87, 98
– Strafbefehl, Rechtskraft	87, 2	– Zustandekommen des –	
– USt-Erstattungsanspruch	87, 2	Wiedereinsetzung	
– Verjährung	87, 2	– Fristenkontrolle	87, 20
		= falsches FA	
Testat		= Kompensationsverschulden d. Gerichts/FA	87, 20
– Ordnungsmäßigkeit der Buchführung	87, 27	– Weiterleitung an zuständiges FA/Gericht	87, 20
– Sorgfaltspflicht bei Erteilung von –	87, 27		
Treuhand		Wirtschaftsprüfer	
– Auskunftspflicht des –	87, 94 (LS)	– Berufstätigkeit, § 2 I WPO	87, 67, 81
– Einsichtsrecht des Treugebers	87, 94 (LS)	– Treuhand	87, 67, 81

BGH v. 28.1.1986 – I StR 611/85 = wistra 86, 142 = Anm. Würthwein wistra 86, 258	87, 2	LG Augsburg v. 3.12.1986 – 2 O 601/84	87, 89
BGH v. 2.7.1986 – 3 StR 87/86 = wistra 86, 257	87, 2	LG Düsseldorf v. 16.5.1986 – 22 S 564/85 = RBeistand 1986, 129	87, 12 (LS)
BGH v. 1.10.1986 – IVa ZR 108/86 = VersR 1987, 39	87, 26 (LS)	LG Düsseldorf v. 19.6.1986 – 14 O 11/86	87, 24
BGH v. 9.10.1986 – I ZR 138/84 = WM 1987, 85 = EBE 1987, 36 = JZ 1987, 466 m. Ahrens	87, 13	LG Kleve v. 20.2.1987 – I O 340/86	87, 73
BGH v. 9.10.1986 – I ZR 16/85 = WM 1987, 83 = EBE 1987, 40 = EWIR § 4 Nr. 5 StBerG 1/87, 189 (Michalski) = JZ 1987, 466 m. Ahrens	87, 18	LG Koblenz v. 4.3.1986 – 4 T 22/86 (rkr.) = WM 1986, 1038 = WuB VIII A § 15 BNotO 1.86, Reithmann	87, 94
BGH v. 16.10.1986 – III ZR 67/85 = WM 1987, 265	87, 35	LG Marburg v. 29.1.1986 – 2 O 192/85	87, 51
BGH v. 6.11.1986 – IX ZR 125/85	87, 7	LG Mosbach v. 14.2.1986 – KfH O 119/85 = RBeistand 1986, 127	87, 12 (LS)
BGH v. 26.11.1986 – IVa ZR 86/85 = WM 1987, 257 = ZIP 1987, 376 = DB 1987, 828 = BB 1987, 371 = EWIR § 826 BGB 2/87 591 (Gräfel)	87, 27	LG Saarbrücken v. 30.10.1986 – 3 O 417/85	87, 54
BGH v. 4.12.1986 – IX ZR 47/86 = ZIP 1987, 115	87, 26 (LS)	AG Sinzig v. 30.12.1986 – 7 C 463/86 (rkr.)	87, 108
BGH v. 5.2.1987 – IX ZR 65/86	87, 66 (LS)	LAG Hamm v. 13.5.1986 – II Sa 2354/85 = RBeistand 1986, 166 m. Anm.	87, 12 (LS)
BGH v. 11.3.1987 – IVa ZR 290/85	87, 81	EG Düsseldorf v. 5.12.1985 – 4 EV 117/83 und 4 EV 32/85 = RBeistand 1986, 131	87, 12 (LS)
BGH v. 1.4.1987 – IVa ZR 211/85	87, 84	BFH v. 9.10.1986 – IV R 135/84 = BStBl. 1987 II, 124	87, 66 (LS)
BGH v. 2.4.1987 – IX ZR 68/86	87, 80 (LS)	FG Düsseldorf v. 21.5.1986 – XI 388/79 F = NJW 1987, 344	87, 66 (LS)
OLG Düsseldorf v. 14.3.1985 – 18 U 45/86	87, 98	FG Köln v. 10.12.1986 – X 317/83 F	87, 66 (LS)
OLG Düsseldorf v. 11.4.1985 – 18 U 190/84	87, 98 (LS)	Nds. FG v. 16.4.1986 – IX 312/81 – = Stbg 1987, 18	87, 44 (LS)
OLG Düsseldorf v. 4.6.1987 – 18 U 8/87 (rkr.)	87, 99	FG Rheinland-Pfalz v. 18.8.1986 – 2 K 131/85	87, 80 (LS)
OLG Düsseldorf v. 24.6.1986 – Ss 125/86 = wistra 86, 273	87, 2	OFD Frankfurt Vfg. v. 21.10.1986 – S 2134 A – 10 – St II 20 = Wpg 1987, 47	87, 41
OLG Düsseldorf v. 3.7.1986 – 18 U 45/86	87, 102		
OLG Hamburg v. 10.12.1986 – V U 50/86 = EWIR § 68 StBerG 1/87 (Graf v. Westphalen)	87, 68		
OLG Koblenz v. 25.10.1985 – 8 U 1340/84	87, 3		
OLG Koblenz v. 3.12.1986 – 7 U 673/86	87, 45		
OLG Köln v. 14.5.1986 – 6 U 189/85	87, 9		
OLG München v. 17.4.1986 – 1 U 6053/85	87, 94 (LS)		

© Gerling-Konzern
Vertriebs-Aktiengesellschaft
Abteilung Presse und Information
Gereonshof, 5000 Köln 1
Telefon: (02 21) 144-7298

Verantwortlich für den Inhalt:
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger
schriftlicher Zustimmung.